

Die Energiestrategie 2050 zerstört die wirtschaftliche Grundlage von Stromerzeugern

Die Wirtschaft soll die Suppe auslöffeln

Von Lukas Weber

Die Schweizer Stromwirtschaft steckt in der Krise. Grosse Firmen wie Alpiq und Axpo schreiben riesige Verluste und entlassen Hunderte von Mitarbeitern. Auch kleinere Stromversorger leiden. Ursache der Misere ist die Energiepolitik Europas (namentlich Deutschlands), des Bundes und der Kantone. Der Strombranche werden Veränderungen aufgezwungen, die schon vor langer Zeit begonnen wurden und nun unter dem Schlagwort «Energiewende» beschleunigt durchgeführt und vollendet werden sollen.

Als Energiewende bezeichnen wir den erzwungenen Umbau des Energieversorgungssystems auf die Grundlage erneuerbarer Energien (Wasser-, Sonnen- und Windkraft und Biomasse). Das Problem ist der Zwang. Gegen freiwillige Aktionen, auf privates Risiko und eigene Kosten, ist nichts einzuwenden. Mit der Energiestrategie 2050 des Bundes, die gegenwärtig im Ständerat behandelt wird, soll der Gesetzgeber aber detaillierte und einschneidende Ziele zu Erzeugung und Verbrauch von Elektrizität festsetzen.

Der Staat diktiert

Mit der Energiestrategie 2050 hebt der Staat die Grundlagen einer wirtschaftlichen Energieversorgung aus. Kein Unternehmen kann sich Ziele zu seinem Kerngeschäft vom Staat diktieren lassen, ohne massiven Schaden zu erleiden. Die Qualität der Produkte, die Wirtschaftlichkeit des Betriebs, der Stolz der Firma und die Motivation der Mitarbeiter werden unterhöhlt und verdorben. Ob die Firma in privatem Besitz ist oder, wie bei der Mehrzahl der schweizerischen Stromfirmen, der öffentlichen Hand (Gemeinden und Kantonen) gehört, spielt dabei keine Rolle.

Wider wirtschaftliche Vernunft

Entscheidend für den Erfolg eines Unternehmens ist auch die Buchführungsmethode. Was wie eine Nebensache klingt, ist es nicht. Setzt ein Unternehmen sein Kapital nicht nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ein, das heisst in einem gesunden Verhältnis zwischen Investition und Rendite, Ausgaben und Einnahmen, dann zerstört es seine wirtschaftliche Grundlage. Kein verantwortlicher Eigentümer wird über längere Zeit Verluste hinnehmen. Er kann es sich auch nicht leisten, dort zu investieren, wo es zu wenig einbringt. Und es ist gegen die Natur, wenn ein Lieferant dafür sorgen muss, dass die Kunden weniger von seinem Produkt nachfragen.

Dies aber erwartet die heutige Energiepolitik von der Elektrizitätswirtschaft. Die Erzeugung, der Verbrauch, der Preis und die Abnahme von Strom sollen exzessiv gesetzlich geregelt werden. Denn ohne dies gibt es keine «Energiewende». Bei dieser Politik wäre es nur logisch und konsequent, die Elektrizitätswirtschaft zu verstaatlichen. Damit liessen sich die Ziele ohne Widerstand durchsetzen, und die Massnahmen müssten nicht wirtschaftlich sein.

Die Nachteile einer verstaatlichten Wirtschaft kennen wir allerdings aus der Sowjetunion und deren Trabantenstaaten: Mangelversorgung und Ressourcenverschwendung, kurz: extreme Ineffizienz. Dass dabei gerade die Umwelt – die Begründung der Energiewende – unter die Räder kommt, liegt auf der Hand.

Am Ende die Verstaatlichung?

Täuschen wir uns nicht: Das Parlament wird sich hüten, die Stromwirtschaft zu verstaatlichen. Wenn es aber Vorschriften wie in der Energiestrategie 2050 erlässt, dann wird ihre Wirtschaftlichkeit weiter leiden. Sie wird weiter Verluste schreiben, Mitarbeiter entlassen und neue Subventionen fordern. Daraus folgt, dass selbst ihre heutigen Eigentümer, die öffentliche Hand, die grosszügiger und längerfristig als Private rechnet, sich von ihrem Eigentum trennen will. Überlegungen dazu gibt es bereits. Dann ist die Zeit gekommen, die gesetzliche Belastung der Branche und schliesslich diese selbst zu verstaatlichen. Niemand soll dann sagen, er habe das nicht gewollt.

Dr. Lukas Weber ist Inhaber der Beratungsfirma Agentur E. Er ist Elektroingenieur ETH, hat beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich gearbeitet und publiziert regelmässig zu Energiefragen.